

Pressemitteilung

zum Erörterungstermin der Gemeinden im Amt Itzstedt zum Entwurf des Regionalplan III; kreisfreie Stadt Lübeck, Kreise Dithmarschen, Herzogtum Lauenburg, Ostholstein, Pinneberg, Segeberg, Steinburg und Stormarn am 8. Juli 2025 im Bürgerhaus der Gemeinde Itzstedt

Landesplanung muss die Not der Gemeinden im Amt Itzstedt berücksichtigen

Auf Einladung der sieben Bürgermeister der vom Amt Itzstedt (Kreis Segeberg) verwalteten Gemeinden sowie des Amtsdirektors kamen am 8. Juli 2025 insgesamt 42 Vertreter/-innen dieser Gemeinden, des Amtes, der Kreise Segeberg und Stormarn sowie deren Wirtschaftsförderungsgesellschaften mit mehreren Landtagsabgeordneten vor Ort zusammen, um im Zusammenhang mit dem laufenden Beteiligungsverfahren der Landesplanung von ihren großen Nöten und Bedürfnisse zu berichten und auf die für die Gemeinden bestehenden Gefahren hinzuweisen.

Hintergrund ist die Neuaufstellung des Regionalplans III, welcher auch für die Gemeinden an der Achse zwischen Bad Segeberg und Norderstedt Ziele und Grundsätze der Raumordnung definiert (u. a. Flächenfestlegungen für Gebiete für Wohnbebauung und Gewerbe, Naturschutzgebiete, Freiräume, Kernbereiche für Tourismus und regionale Grünzüge). Im Detail sorgen diese derzeitigen Vorstellungen aber, insbesondere die regionalen Grünzüge, für fehlende oder unpassende Entwicklungsmöglichkeiten der Gemeinden im Amt. Insbesondere die Entwicklung dringend benötigten Wohnraums und das zusätzliche Ansiedeln oder Halten von örtlichem Gewerbe wird dadurch erschwert.

Bürgermeister Marek Krysiak (Sülfeld): "Ich hoffe, dass die Landespolitiker/-innen unsere Anliegen ernst nehmen und unsere Sorgen in der Landesplanung berücksichtigt werden. Es ist schon bemerkenswert, dass wir ehrenamtliche Kommunalpolitiker/-innen erst laut werden müssen, damit das Thema ernster genommen wird, und nicht das Land mit Lösungen von sich aus auf uns zukommt."

Nachdem ein von den Gemeinden beauftragtes Planungsbüro aus den gemeindlichen Stellungnahmen zum ersten Entwurf des Regionalplan für den Planungsraum III sowie den vom Land vorgenommenen Abwägungen beispielhaft berichtet hatte, machten die Bürgermeister und Gemeindevertreter/-innen gegenüber den Landtagsabgeordneten ihren Unmut deutlich, wonach sie sich auch aufgrund der fehlenden inhaltlichen Berücksichtigung ihrer Eingaben seitens der Landesplanung nicht mehr gesehen fühlten.

Die gemeindlichen Vertreter/-innen wünschten sich mit breiter Mehrheit einen Rückzug des regionalen Grünzugs um die Ortschaften um mindestens 100 m und zusätzlich das Bekenntnis, dass die regionalen Grünzüge weiterhin nicht Flächenscharf angesehen werden.

Zudem soll auch entsprechend des prognostizierten Bedarfs nach Gewerbeflächen im Rahmen der Entwicklung des Hansebelts oder des Ausbaus der A20 nachgekommen werden können. Eine einmalige Chance, die sonst an diesen Gemeinden vorbei ginge.

Für die Gemeinden würde dieser Ausfall dringend benötigter zusätzliche Gewerbe-/Steuereinnahmen bedeuten, dass die öffentliche Daseinsvorsorge immer weniger finanzierbar wäre. Schon jetzt müssten die im Amt Itzstedt verwalteten Gemeinden Itzstedt, Kayhude, Nahe, Oering, Seth, Sülfeld (alle Kreis Segeberg) und Tangstedt (Kreis Stormarn) stark steigende Kosten im Bereich von Kindertagesstätten, Schulen, Feuerwehren und Straßeninfrastruktur tragen, ohne das gefragt wird, wie die Gemeinden zukünftig auch im Wettbewerb in der Metropolregion Hamburg dies ohne zusätzliche Steuereinnahmen finanzieren könnten.

Zusätzliche Kosten im Bereich der schulischen Ganztagsbetreuung kämen noch hinzu.

Herr Hermann, Geschäftsführer der Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft des Kreises Segeberg machte deutlich: „Es ist wahnsinnig wichtig, dass dieser Austausch zwischen kommunaler Ebene und der Landesplanung stattfindet und deutlich wird, mit welchen Restriktionen und Hemmnissen die Kommunen zu kämpfen haben. Wo Grünzüge direkt an die aktuellen Bebauungsgrenzen gesetzt werden, verlieren die Gemeinden jeglichen Spielraum - auch für die Notwendigkeiten des örtlichen Bestandsgewerbes. Wenn diese Bedürfnisse nicht erfüllt werden, droht Abwanderung. Die feste Fehmarn-Belt Querung, der Weiterbau der A20 sowie das Wachstum in der Metropolregion Hamburg führt in den nächsten Jahren zu massiven Veränderungen. Dies führt zu einer deutlichen Steigerung der Nachfragen nach gewerblichen Flächen.

Darauf müssen Gemeinden sich doch einstellen können."

Die gemeindlichen Vertreter/-innen sehen sich durch die aktuellen Planungsziele in ihrer planungsrechtlichen Hoheit massiv eingeschränkt. Zudem wurde in der mehrstündigen Diskussion mehr als deutlich, dass vom Land auch vor dem Hintergrund der begrenzten Personal- und Zeitressourcen eine Abkehr von einer Vielzahl von Einzelfallentscheidungen verlangt wird, damit die planungsrechtlichen Arbeiten deutlich beschleunigt werden. Unterm Strich waren sich die Beteiligten im Klaren, dass insbesondere weitere Gespräche auf Landesebene erfolgen müssen. Bürger/-innen haben selber auch die Möglichkeit, sich über die Weiterentwicklung des Regionalplans zu informieren und ebenso Stellungnahmen anzugeben: <https://bolapla-sh.de/>



Bildunterschrift:

Bürgermeister, Amtsvertreter, Wirtschaftsförderungen und Kommunalpolitiker/-innen forderten bei einem Treffen am Amt Itzstedt von der Landespolitik einen Rückzug des Regionalen Grünzugs und das Beschleunigen der Landesplanung.

Foto: Thorsten Haderup

Amt Itzstedt – Der Amtsdirektor

Segeberger Str. 41

23845 Itzstedt

Ansprechpartner: Thorsten Haderup, Tel. 04535/509-225, Mail:

t.haderup@amt-itzstedt.de